Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,950
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 65. Freitag den 6. März 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß eine Spülung des Röhrennetzes der Wasserleitung vorgenommen werden und zu diesem Behufe den 9. bis 12. März d. J. des Nachts die Spülung der Hauptröhren durch die Spülschieber nach den Schleußen sowie vom 13. desselben Monats an die Spülung der Zweigröhren durch die Feuerwehr am Tage stattfinden soll.

Leipzig, am 4. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Der im hiesigen Georgenhause detinirte, am 23. November 1861 hier geborene Schlossergehilfe Wilhelm Eduard Adolph Kühn ist von dem ihm am 13. und 14. dieses Monats verstatteten Ausgange nicht wieder zurückgekehrt und treibt sich vermuthlich arbeitslos und bettelnd umher.

Wir bitten, gedachten Kühn im Betretungsfalle zu verhaften und uns schleunigst Mittheilung davon zu machen.

Leipzig, am 28. Februar 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Rbr. Faldix.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat die 20,000 ℳ für den zweiten Director im Auswärtigen Amt mit 172 gegen 153 Stimmen bewilligt und die für den Generalconsul in Capstadt geforderten 24,000 ℳ, welche in zweiter Lesung auf 16,000 ℳ herabgesetzt waren, wiederhergestellt. Das war in der Hauptsache das Ergebniß der Sitzung vom 4. März. Die Bewegung, welche die Ablehnung der 20,000 ℳ am 15. December erzeugt hatte, hat also ihren Zweck erreicht, wenn auch nur eine geringe Mehrheit, nämlich 19 Stimmen, die Annahme der geforderten Summe entschieden hat. Die Sitzung hat zum Verständniß unserer Parteiverhältnisse einen lehrreichen Beitrag geliefert. Für den Reichstag ist die öffentliche Meinung nicht maßgebend, sondern die Meinung der Parteiführer; entscheidet die öffentliche Meinung gegen die Parteiführer, so ist sie im Irrthum oder irre geleitet. Mit eiserner Stirn haben die Deutschfreisinnigen und das Centrum an der Behauptung festgehalten, daß die Bewegung nach dem 15. December nicht urwüchsig aus der Volksseele heraus entstanden, sondern künstlich gemacht worden sei. Den Beweis sind sie freilich schuldig geblieben. Windthorst sagte: „In den Wahlkreisen, in denen Conservative und Nationalliberale gesiegt hatten, sind auch Adressen zu Stande gekommen, und nur da. Will man sich davon überzeugen, so wird man das ja nach der Auflösung des Reichstages thun können.“ Damit stehen die Thatsachen in klarem Widerspruch. Die Adreßbewegung war über ganz Deutschland verbreitet und sie trat mit einer Wucht und Großartigkeit auf, daß die Freunde einer gedeihlichen Entwickelung des deutschen Reiches sich in dem Wunsche begegneten, es möge diese Stimmung zur Auflösung des Reichstages benutzt werden. Wir behaupten auf Grund der Thatsachen, daß diese Bewegung einen großen Theil Derjenigen mit sich fortgerissen hat, welche Abgeordnete zur deutschfreisinnigen Partei und des Centrums gewählt haben. Einflußreiche Blätter, welche vor dem 15. December die Sache der Freisinnigen führten, sind in das nationalliberale Lager zeitweise zurückgekehrt, wie die „Weserzeitung“, die „Magdeburgische Zeitung“ und die „Nationalzeitung“. Es ging wie ein Sturm der Entrüstung durch das deutsche Volk von der Nordsee bis an die Alpen. Wenn heute Deutschfreisinnige und Centrum die Miene des Erstaunens über solchen „Unverstand“ annehmen wollen, so zeigen sie damit nur, daß ihnen jedes Verständniß der öffentlichen Meinung in Deutschland abgeht.

Es ist vom Reichskanzler klar auseinander gesetzt worden, daß die Kosten für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten durch Nichtbewilligung der 20,000 ℳ für den zweiten Director nur vermehrt werden, weil er zur Bewilligung der nöthigen Arbeiten dann zwei Hilfsarbeiter einstellen muß, während eine Organisation, welche den Bedürfnissen entspricht, eine anderweite zweckmäßige Arbeitsvertheilung ermöglicht, durch welche die Arbeitslast in der Person des zweiten Directors concentrirt werden kann. Dem gegenüber zu erörtern, daß es sich nur um Hinausschiebung der Bewilligung für die Dauer eines Jahres handelt, ist ein eitles Beginnen, dessen innere Unwahrheit jedem unbefangen Urtheilenden einleuchtet. Nein, es war der alte Eigensinn, welcher darin seinen Triumph findet, den Reichskanzler die Macht der Parteiführer fühlen zu lassen, ihm Nadelstiche zu versetzen und ihm Steine in den Weg zu rollen. Die Ausführungen der Richter, Rickert, der Franckenstein und Windthorst werden in Deutschland Niemanden überzeugen, daß die Abstimmung vom 15. December eine unbedeutende Budgetfrage war, sondern man wird allgemein an der Auffassung festhalten, daß sich in dieser Abstimmung der Haß der beiden Parteien gegen den Reichskanzler Ausdruck verschaffen wollte, und dieser Haß ist unvereinbar mit der Durchführung der Aufgabe des Abgeordneten im höheren Sinne.

Welche Elemente im Reichstage heute Sitz und Stimme haben, das lehren die Reden der Herren Liebknecht und v. Vollmar. Liebknecht behauptet frank und frei, daß es nicht die Geschicklichkeit des Reichskanzlers war, durch welche seit dem Jahre 1871 der Friede erhalten worden ist, sondern die Demokratie in Frankreich. Dieser Ausspruch ist so wahnsinnig, daß er keiner Widerlegung bedarf, aber festgenagelt zu werden verdient, damit die Wähler darüber zur Klarheit kommen, welche Leute sie in den Reichstag gesendet haben. Der Abgeordnete v. Vollmar sagt: „Der Reichskanzler hat nicht Deutschland in den Sattel gehoben, nein, die Sache liegt anders: Das Lastthier ist Deutschland, und der im Sattel sitzt, ist der Reichskanzler.“ Also nach Herrn Vollmar war es dem Fürsten Bismarck, als er Deutschland einigte, nur darum zu thun, seine Macht zu vergrößern und dem deutschen Volk den Fuß auf den Nacken zu setzen. Wir denken größer von dem deutschen Reichskanzler, wir sind der Meinung, daß ihn seine Vaterlandsliebe befähigt, über seine Schmäher und Verächter die Achseln zu zucken. Sagte doch auch Herr Albert Traeger, als er hier in Leipzig für die deutschfreisinnige Partei im vorigen Jahre Propaganda machte, daß der Reichskanzler die deutsche Einheit nicht geschaffen habe, sondern daß sie ihm als reife Frucht in den Schooß gefallen sei. Dieser denkwürdige Ausspruch des Herrn Traeger ist heute doppelt interessant und das Gedächtniß desselben verdient erneuert zu werden, da er sich in seinem Urtheil mit dem Socialdemokraten v. Vollmar so auffallend in Uebereinstimmung befindet.

Die Adreßbewegung, welche der 15. December veranlaßte, hat am 4. März ihren Abschluß gefunden, aber dieser Abschluß ist den Abgeordneten, welche im Reichstag das große Wort führen, noch nicht zum Bewußtsein gekommen; Herr v. Vollmar hat, abgesehen von seiner abgeschmackten Bemerkung über den Reichskanzler, die sich selbst richtet, auch etwas Wahres gesagt. Er hielt nämlich den Deutschfreisinnigen vor, daß sie schon einmal angesichts einer drohenden Auflösung um eine Entscheidung herumgegangen seien. Vollmar meinte die Abstimmung vom 10. Mai v. J., durch welche die Verlängerung des Socialistengesetzes auf zwei fernere Jahre ausgesprochen wurde. Die deutschfreisinnige Partei hat am 4. März zum zweiten Male den Beweis geliefert, daß die Verschmelzung vom 6. März 1884 eine gewaltsame, mit den thatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch stehende Maßregel war. Es besteht innerhalb dieser Partei ein Zwiespalt, der nicht eher ausgeglichen sein wird, als bis die widerstrebenden Theile wieder auseinander gefallen sind. Wir haben es schon wiederholt gesagt und wir kommen heute wieder darauf zurück, daß sich in unsern Parteiverhältnissen eine Aenderung vollzieht. Die alten Parteiunterschiede haben sich überlebt, Richter behauptet heute nur noch mit Mühe und unter Aufwand seiner ganzen ihm zu Gebote stehenden Beredtsamkeit künstlich die Stellung als Führer der deutschfreisinnigen Partei. Diese Partei kracht in allen ihren Fugen, die einzelnen Theile streben auseinander, sie fühlen sich in ihrer Haut nicht wohl.

Die Heidelberger Erklärung vom Jahre 1884 hatte den richtigen Ton angeschlagen, in welchen alle wahrhaft liberalen deutschen Männer einstimmen konnten. Diese Erklärung verschweigt nicht, daß es Puncte giebt, in welchen zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern des liberalen Gedankens Meinungsverschiedenheiten obwalten, aber wo herrscht volle Uebereinstimmung in allen Dingen? Kaum in der Familie, viel weniger in der Politik. Die menschlichen Verhältnisse sind alle dem Irrthume unterworfen und es haften ihnen Unvollkommenheiten an; aber darin sollten alle Parteien in Deutschland einig sein, daß die Verdienste und die Vaterlandsliebe des Fürsten Bismarck über jeden Zweifel erhaben sind. *

Leipzig, 6. März 1885.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Mittwoch Vormittag bringt abermals eine Betrachtung über die englischen Blaubücher. Dieselbe lautet:

Unter den Indiscretionen, welche die jüngsten englischen Blaubücher enthalten, ist die Veröffentlichung des Berichtes, welchen der englische Botschafter in Berlin am 25. Januar über eine Unterredung mit dem Reichskanzler erstattet hat, soweit unsere bisherigen Forschungen reichen, die auffälligste und bedauerlichste. Die Möglichkeit erfolgreicher Diplomatie beruht wesentlich auf dem Vertrauen, von welchem der persönliche Verkehr der Diplomaten und auswärtigen Minister beherrscht wird. Kann in demselben nur das gesprochen werden, was sich zu sofortiger polemischer Publication eignet, so wird natürlich die Thätigkeit der Diplomatie eine ziemlich unfruchtbare und, man kann wohl sagen, überflüssige werden; denn die Art des Verkehrs, die dann übrig bleibt, kann, wie der Reichskanzler vorgestern richtig bemerkte, auch durch die Post besorgt werden; man braucht sich deshalb nicht den Luxus einer Botschaft und den Steuerpflichtigen die Kosten dafür aufzulegen. Der Reichskanzler ist durch seine freundschaftlichen Beziehungen zu dem verstorbenen Lord Ampthill gewöhnt gewesen, mit dem englischen Botschafter am diesseitigen Hofe vertraulich und offen zu verkehren, und er hat diese Gewohnheit auf seinen Nachfolger um so leichter übertragen können, als beide Herren seit länger als 30 Jahren in Beziehungen stehen, die sich auf das collegialische und freundschaftliche Verhältniß gründen, welches in Frankfurt a. M. zwischen den Eltern des jetzigen Herrn Botschafters und dem Hause des Reichskanzlers stattfand. So erklärt es sich, daß Fürst Bismarck mit Sir Edward Malet, um diesem den Nachweis seiner ehrlichen, aber fruchtlosen Bemühungen um Englands Freundschaft zu liefern, sich mit der rückhaltlosen Offenheit ausgesprochen hat, von welcher der darüber erstattete Bericht Zeugniß giebt. Daß dieser Bericht in der Art, wie er vorliegt, überhaupt erstattet wurde, darin liegt nichts, was zum Vorwurf berechtigte; aber wir sind überzeugt, er würde nicht in diesem Umfange erstattet worden sein, wenn sein Verfasser darauf hätte rechnen können, daß er sofort und in extenso veröffentlicht werden würde. In dieser Veröffentlichung liegt eine Indiscretion, welche vertrauliche Auslassungen zwischen den Staatsmännern beider Regierungen für die Zukunft abschneidet. Der praktische Zweck, den man im Auge gehabt haben kann, wenn man sich in diesem Maße über die Tradition im Verkehr befreundeter Regierungen hinwegsetzte, ist schwer erkennbar. Man sagt, und entsprechende Zeitungsartikel lassen es vermuthen, daß damit in Frankreich Mißtrauen gegen Deutschland hätte geschaffen werden sollen. Ein solcher Wunsch wäre ja begreiflich; der englischen Politik kann weniger an einer Feindschaft zwischen Deutschland und England als an einer solchen zwischen Deutschland und Frankreich gelegen sein. England mag annehmen, daß es Frankreich seinen Wünschen gefügiger haben würde, wenn es darauf rechnen könnte, daß Frankreich mit der Feindschaft Deutschlands von Hause aus belastet ist. Beide Nationen sind gleich stark; stehen sie sich also feindlich gegenüber, so wird der Ueberschuß an Kraft, den eine von ihnen noch gegen eine dritte Großmacht verwenden könnte, immer nicht bedeutend sein. Wir begreifen also, daß es im Interesse der englischen Politik liegt, in Frankreich Mißtrauen gegen Deutschland zu erregen. Wird das aber mit der Veröffentlichung dieser Depesche wirklich erreicht? Wir glauben es nicht, auch wenn der Theil der englischen und französischen Presse, welcher das gleiche Interesse hat, sich noch weiter bemüht, die Veröffentlichung dahin auszubeuten. Der Bericht des englischen Botschafters liefert nur einen neuen Beweis für die Geradheit und Offenheit der deutschen Politik. Am 5. Mai hat Graf Münster den Auftrag erhalten, zu verstehen zu geben, daß Deutschland, wenn England sich der Verständigung versage, eine solche mit Frankreich suchen werde. England hat sich dem deutschen Entgegenkommen versagt, und sobald das deutsche Cabinet sich hiervon überzeugt, hat dasselbe, seiner in London gemachten Vorherlegung entsprechend, den Weg der Annäherung an Frankreich betreten. Derselbe hat zu der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zunächst über die Congofrage und die Conferenz, dann aber auch über die egyptische Frage und zur Uebereinstimmung der continentalen Mächte in der letzteren geführt. Diese Thatsachen sind weltkundig und liegt in ihnen nichts, wodurch das Vertrauen, welches die französische Regierung in die Ehrlichkeit der deutschen Politik setzt, abgeschwächt werden könnte. Dies ist um so mehr der Fall, als der Bericht Sir Edward's selbst die Thatsache constatirt, daß der Versuch, die französisch-deutschen Beziehungen wiederum zu lockern, an der Ablehnung des Fürsten Bismarck unter Bezugnahme auf die Pflichten gegen Frankreich scheiterte. Ganz unerfindlich ist der Grund, welcher den Leiter der englischen Veröffentlichung dazu bewogen hat, Aeußerungen über den deutschen Botschafter, Grafen zu Münster, welche der Reichskanzler in seinen vertraulichen Unterhaltungen gethan haben soll, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Hierin liegt eine persönliche Gehässigkeit, für welche uns jede Erklärung fehlt.

* Officiös wird aus Berlin geschrieben:

Der Versuch des englischen Ministers des Auswärtigen, das jetzige Verhältniß zwischen Deutschland und Großbritannien auf persönliche Verstimmung des Fürsten Bismarck zurückzuführen, weil angeblich sein Rath, Egypten zu annectiren, nicht befolgt sei, hat dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben, nicht nur vor Deutschland, sondern vor ganz Europa die charakteristischen Unterschiede zwischen der deutschen und englischen auswärtigen Politik in voller Schärfe klarzulegen. Indem er hervorhob, daß er zwar mehrfach von England um seinen Rath in der egyptischen Frage angegangen sei, denselben aber stets verweigert und sich endlich nur ungern zu der Aeußerung der Meinung bewogen gefunden habe, England werde zweckmäßig in Egypten im Einverständniß mit dem Sultan und im Namen desselben operiren, zeigte er, daß er von dem Geiste weiser Mäßigung, der Sorge um die Aufrechterhaltung bestehender Rechts- und Vertragsverhältnisse und der Harmonie unter den Mächten Europas sich leiten läßt, während die englische Politik die Bahnen selbstsüchtigsten und gegen die Rechte anderer Staaten rücksichtslosen Vorgehens fortwandelt, welches sie in der Zeit der Hegemonie Englands kennzeichnete, freilich nicht mehr mit der Kraft und Energie jener Tage, sondern in grollenderhalter, kleinlicher, mit den Mitteln der niedrigsten Intrigue arbeitender Weise. Das Vertrauen zu der Vormacht Europas und ihrer Friedenspolitik kann durch solche Aeußerungen nur wachsen, Deutschlands Machtstellung nur gestärkt werden, während die von Mißgunst gegen die deutsche Colonialpolitik beherrschte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Englands eine schwere moralische Niederlage erlitten hat.

Freilich wird der dauernde Erfolg der deutschen auswärtigen und insbesondere unserer colonialen Politik nur dann gesichert sein, wenn das deutsche Volk in voller Einmüthigkeit hinter dem Leiter derselben steht. Daß coloniale Unternehmungen in großem Stile, deren Früchte langsam reifen und erst in späterer Zeit die Anfangs gebrachten Opfer entgelten, mit Erfolg nur dann begonnen werden können, wenn die Nation in ihrer Gesammtheit oder wenigstens in ihrem weit überwiegenden Theile fest und sicher zu einer solchen Politik steht, liegt auf der Hand. Allein auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik im eigentlichen Sinne hängt der Erfolg zu einem großen Theile davon ab, wie einig die Nation nach außen ihre Staatsleitung unterstützt. Wo immer auswärtige Mächte inneren Zwiespalt in dem Grade als vorhanden erkennen, daß eine factiöse Opposition gegen die Person des leitenden Staatsmannes sich richtet und ihre Hauptaufgabe darin sieht, demselben Schwierigkeiten zu bereiten, werden sie in dieser Wahrnehmung die Aufforderung erkennen, ihre Pläne und Interessen energisch und ohne Rücksicht gegenüber einem so im eigenen Lager gehemmten Gegner zu verfolgen. Sie werden aber auch geradezu zu dem Versuche ermuntert, die Elemente innerer Zwietracht unheilvoll zu schüren und so die Uneinigkeit zum Schaden der Machtstellung des Reichs und zu ihrem eigenen Nutzen und Frommen zu fördern und groß zu ziehen. Gerade für Deutschland, das Jahrhunderte lang an den Folgen seiner nationalen Zerrissenheit so schwer gelitten hat, ist der Hinweis auf die Nothwendigkeit, die glücklich errungene äußere Einheit auch durch einiges Zusammenstehen der ganzen Nation innerlich zu stärken, wenn anders nicht die Errungenschaften des nationalen Aufschwungs von 1870 langsam wieder zerbröckeln und das Reich von seiner stolzen Machtstellung an der Spitze Europas wieder herabsinken soll, besonders geboten.

Im Interesse dieser ausschlaggebenden Macht unseres Vaterlandes, welche zugleich die Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens bietet, ist die Ueberwindung der factiösen Opposition durch die nationalen fest zu Kaiser und Reich stehenden Elemente in unserem Volke in der That ein dringendes Bedürfniß.

* Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt zur parlamentarischen Lage:

Der vielberufene neue Directorposten im Auswärtigen Amte ist heute mit 19 Stimmen Mehrheit bewilligt und damit der bedauerliche Beschluß vom 15. December widerrufen worden. Die deutschfreisinnige Partei, die bei der zweiten Lesung mit einer einzigen Ausnahme gegen die Forderung gestimmt, hatte heute zu einem Drittel ihren Sinn geändert und bewilligte die Position. Wir wollen uns des Spottes über diesen „Unfall“ enthalten, so sehr ihn auch diese Partei verdient hätte, die sonst über den Wankelmuth der Nationalliberalen und deren gelegentliche Abstimmungswidersprüche zwischen zweiter und dritter Lesung nicht genug Hohn und Entrüstung aufzubringen wußte. Man wird aber aufhören müssen, Angesichts des heutigen Votums fernerhin für den einmal ausgesprochenen Entschluß der fortschrittlich-freisinnigen Partei eine ganz besondere Festigkeit und Unerschütterlichkeit zu beanspruchen. Wir freuen uns, daß die deutschfreisinnige Partei, wenigstens in einer ausreichenden Anzahl, verständig genug war, den Umständen Rechnung zu tragen und nicht abermals in Kleinlichkeit und Halsstarrigkeit einen Sturm des Unwillens gegen sich heraufzubeschwören. In dem heutigen Votum aber liegt die beste Rechtfertigung und Anerkennung der „Entrüstungsbewegung“; sie hat erreicht, was sie wollte, sie hat dem Reichstag ins Gewissen geredet und ihn abgehalten, sich selbst und ganz Deutschland noch einmal vor den Augen aller Welt mit einem ärgerlichen und kläglichen Beschluß zu verunzieren und dem Reichskanzler in einem Augenblick, wo seine auswärtige Politik wieder die glänzendsten Triumphe feiert, in der Führung der Geschäfte kleinliche Hindernisse zu bereiten. Wenn wirklich diese „Entrüstungsbewegung“ nicht ein naturwüchsiger Ausbruch des Volksunwillens, sondern eine künstlich von Strebern und Kanzlerseelen in Scene gesetzte Comödie gewesen wäre, warum in aller Welt hat sich dann ein erheblicher Theil der deutschfreisinnigen Partei vor einem solchen Possenspiel gebeugt? Nein, es war ein Volksgericht, so mächtig und unzweideutig, wie man es sich nur denken kann, und die deutschfreisinnige Partei wagte ein zweites derart nicht über sich ergehen zu lassen, woran sie sehr wohlgethan hat.

Von der deutsch-freisinnigen Fraction haben für den Directorposten gestimmt die Abgg. Behm, Beisert, Brömel, Fährmann, von Forckenbeck, Hoffmann, Horwitz, Lipke, Lorenzen, Meyer-Halle, Münch, Panse, Rickert, Schrader, Siemens, Thomsen, Witt, Witte, Wilbrandt. Von diesen haben am 15. December mit Nein gestimmt: die Abgg. Behm, Hoffmann, Lipke, Lorenzen, Meyer-Halle, Witte; mit Ja: Horwitz, die übrigen fehlten in der Sitzung vom 15. December. Mit Nein haben gestimmt die Abgg. Ausfeld, Bamberger, Baumbach, Baumgarten, Braun, Buddeberg, Bürten, Dirichlet, Eysoldt, Grewe, Hänel, Halben, Halberstadt, Hermes, Herrmann, Hinze, Huchting, Langerhans, Lerche, Löwe, Lüben, Albers, Manger, Meibauer, Mehr, Munckel, Papellier, Parisius, Pflüger, Richter, Rohland, Schenck, Schmieder, Schneider, von Stauffenberg, Stiller, Traeger, Virchow.

* Die Arbeiterschutzgesetz-Commission des Reichstags trat am Mittwoch Morgen 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, leistete aber, da schon um 11 Uhr das Plenum begann, nicht viel mehr als die Abstimmung über den Passus des Sonntagsarbeitsparagraphen, welcher bestimmt, was unter Sonn- und Festtagen im Sinne des Gesetzes zu verstehen ist. Bisher hieß es in §. 105 der Gewerbeordnung: „Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen die Landesregierungen.“ Nun ist statt dessen, mit einer Stimme Mehrheit, folgende vom Centrum beantragte Fassung angenommen: „Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und confessionellen Verhältnisse die Landesregierungen. An den besonderen Festtagen seiner Confession kann kein Arbeiter zum Arbeiten verpflichtet werden.“ Es liegt auf der Hand, daß der zweite Satz unter Umständen den ersten vollständig werthlos machen und die größten Unzuträglichkeiten herbeiführen kann.

* In der „Kreuzzeitung“ ist Folgendes zu lesen:

In der denkwürdigen gestrigen Rede des Reichskanzlers findet sich im ersten Theile bei der Colonialpolitik u. A. folgender Satz:

„Wenn Sie heutzutage die englischen Blätter lesen, so finden sie das mit derselben Motivirung, wie in unseren deutschen Oppositionsblättern, mit einer so übereinstimmenden Motivirung entwickelt, daß man versucht ist, an einen directeren Zusammenhang und an die Internationalität der Oppositionspresse gegenüber der deutschen Reichsregierung im Allgemeinen zu glauben; es finden sich die gleichen Artikel ziemlich gleichzeitig wieder in der „Times“ und in anderen Blättern, die zu dem Cobden'schen System gehören, die machen gegen mich, den unglücklichen Repräsentanten der deutschen nationalen Politik, mit einer Uebereinstimmung Front, die ich für positive Zwecke der gesammten Nation wohl wünschen möchte“.

Bei diesem Anlaß mag hier eine Beobachtung sehr bezeichnender Art erwähnt werden. Als am 23. Juni 1884 der Reichskanzler Abends zu den Berathungen der Commission über die Dampfersubventionsvorlage im Reichstage erschien, war die Presse in ihren Vertretern so zahlreich im Foyer des Reichstags erschienen, wie noch nie; auch zahlreiche Vertreter auswärtiger, namentlich englischer Blätter waren anwesend. Wer irgend einen Bekannten in dem Commissionszimmer wußte, ließ denselben citiren, um je nach dem Vorrücken der Zeit (die Sitzung dauerte bis nach 11 Uhr) noch eine Mittheilung an die Provinzblätter gelangen lassen zu können. Der „Times“-Correspondent hier war auch erschienen und auf sein Ersuchen erschien der Abg. Ludw. Löwe und unterrichtete ihn, und als der Informator des „Standard“-Vertreters zeigte sich unmittelbar der Abg. Rickert. Wenn man sich daran erinnert, daß gerade diese Herren nicht selten das Urtheil der englischen Presse angerufen haben, so gewinnt diese geistige Beeinflussung noch eine besondere Färbung.

In ähnlicher Weise hatte sich bekanntlich auch der früher americanische Gesandte Sargent hier durch Mitglieder der stricten Opposition über deutsche Verhältnisse unterrichtet.

* Aus dem dem Reichstag zugestellten Bericht der Reichsschuldencommission heben wir Folgendes hervor. Der Bestand des Reichsinvalidenfonds betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 1883—84 an Reichsanleihen, Anleihen deutscher Bundesstaaten, Bahnprioritäten, Communalanleihen 516,769,614 ℳ, überhaupt 521,141,471 ℳ. Die an die Reichshauptcasse abgelieferte Zinseneinnahme betrug 22,275,514 ℳ, der Zuschuß des Staates zu den erforderlichen Ausgaben betrug 6,453,440 ℳ, gegen den Voranschlag 767,064 ℳ weniger. Der Bestand des Festungsbaufonds betrug zu Ende 1883 bis 1884 39,023,085 ℳ. Der Fonds für Errichtung des Reichstagsgebäudes hatte Ende 1884 einen Bestand von 22,441,294 Mark. Ende 1884 besaßen die genannten drei Fonds 573.1 Millionen Mark an Effecten, darunter 202.3 Millionen Mark Communalanleihen, 247.4 Millionen Mark Anleihen des Reichs und deutscher Staaten. Bis zum Schlusse des Etatsjahres 1883—84 wurde die Reichsanleihe im Betrage von 365,731,219 Mark emittirt. Die Verzinsung der 4procentigen Reichsanleihe erfordert einen Betrag von 14.0 Millionen Mark. Im Rechnungsjahr 1883—84 waren 155 Millionen Mark Schatzscheine ausgegeben und zum Schlusse des Etatsjahres waren 45 Millionen Mark noch nicht fällig. An Reichscassenscheinen waren beim Schlusse des Rechnungsjahres 1883/84 im Umlauf 144,845,570 ℳ.

* Die Betheiligung von patriotischen katholischen Geistlichen und angesehenen Laien an dem Aufruf zur Bismarckspende zeigt sich aller Orten, und die „Germania“ dürfte bald daran verzweifeln, diese vielköpfige Hydra zu vernichten. Ein Herr Benefiziat Rehbach in dem ostpreußischen Städtchen Bischofstein, der katholische Bürgermeister der Stadt Rössel und der katholische Gymnasialdirector in demselben Orte betheiligen sich an dem verpönten Werke, ja, die „Germania“ muß es erleben, daß katholische Blätter, wie die „Fuldaer Ztg.“, das Vorgehen einflußreicher Katholiken in dieser Richtung zu vertheidigen suchen. Am größten wird aber der Schmerz des ultramontanen Blattes sein, daß selbst in Posen Polnische Mitbürger für die Bismarckspende agitiren. Der „Orędownik“ veröffentlicht nämlich eine Zuschrift aus dem Posen'schen Kreise Schroda, in der es heißt: „Ich habe im „Orędownik“ gelesen, daß sogar die deutschen Katholiken keine Beiträge zur Bismarckstiftung geben wollen; indeß bei uns im Kreise Schroda giebt man Beiträge zu diesem Zweck, so schwer auch die gegenwärtigen Zeiten sind. In einem Städtchen unseres Kreises hat sich ein Comité zur Sammlung dieser Beiträge gebildet, an dessen Spitze ein zu den angesehensten Bürgern der Stadt gehörender Pole steht. Als derselbe Pole zum Mitgliede der Steuereinschätzungs-Commission gewählt wurde, nahm er die Wahl wegen mangelnder Zeit nicht an, obwohl es sich um die eigene Tasche dabei handelte. Jetzt aber geht er als Comitémitglied mit den Deutschen von Haus zu Haus und sammelt Beiträge zur Bismarckstiftung.“

* Aus Württemberg, 1. März, wird der „Kölnischen Zeitung“ mitgetheilt:

Was gegenwärtig in unserer Volkspartei vorgeht, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den unaufhaltsamen Fortschritt ihrer allmäligen Zersetzung, den von aufmerksamen Beobachtern schon längst vorhergesagt und gelegentlich von Parteiführern selbst öffentlich zugestanden worden ist. Der Reichstagsabgeordnete Karl Mayer, der am 28. October vorigen Jahres durch 4000 ultramontane Stimmen noch nothdürftig über Wasser erhalten wurde, schrieb kürzlich einen jener Reichstagsbriefe an den „Beobachter“, welche sich durch weinerliche und widerliche Uebertreibung nicht zu ihrem Vortheil auszeichnen. „Berlin ist mit Schnee bedeckt, Alles in ein Leichentuch gehüllt, eine Scenerie, die zur Arbeit des Reichstags paßt, welcher jetzt mit Annahme der Getreidezölle ein Hungertuch zu weben sich anschickt fürs deutsche Volk“. Der Redacteur des Beobachters, Rechtsanwalt Eugen Steckmayer, der, wie der volksparteiliche Abgeordnete für Heilbronn, Härle, für die Getreidezölle eingetreten war und nun auch von der Redaction des genannten Blattes zurücktreten wird, behandelte den Unkenruf mit wohlverdienter Geringschätzung und erklärte, jedenfalls stehe Eines fest: daß die Getreidezölle schon bei den Wahlen eine große Rolle gespielt hätten, daß die Mehrheit des Volkes dieselben fordere und daß einer Partei, die stets das Mehrheitsprincip hochgehalten habe, es gezieme, auch dann den Willen der Mehrheit zu achten, wenn er ihr nicht angenehm sei. Der Streit spann sich weiter und beide haben einander vor das Plenum der Partei

SLUB
Wir führen Wissen.